

KOHLENDIOXID

Hoch riskant

Theoretisch ist es ein faszinierender Gedanke: Klimaschädliches Kohlendioxid, das in Kohlekraftwerken massenhaft anfällt, wird nicht in die Luft geblasen, sondern abgefangen und in unterirdische Salzkavernen verpresst.

Dass sich Kohlendioxid-Speicher auf Dauer von der Biosphäre abschotten lassen, ist bislang lediglich eine vage Hoffnung. Fachleute befürchten, dass es zu einer langsamen und unbemerkten Ausgasung kommt.

Aber Kohlendioxid-Speicher bergen ein weiteres Risiko: Da das Gas farb- und geruchlos ist, könnte die Ausgasung größerer Mengen anfangs unbemerkt bleiben – so lange, bis sich etwa in einem Keller oder einer Senke ein Kohlendioxid-See gebildet hat.

Statt mit viel Aufwand in das Überleben eines klimaschädlichen Energieträgers zu investieren, sollte man besser den Ökostrom verstärkt ausbauen.

FLUCHT IN DIE EU

Beschämend

Noch ist das Vertrauen vieler Menschen in Nordafrika in eine demokratische Zukunft ihrer Länder nicht gefestigt. In Algerien oder Libyen beispielsweise könnten gewaltsame Auseinandersetzungen mit den Machthabern noch bevorstehen.

Dass sich auf Lampedusa am Wochenende ein echtes Drama abgespielt hat, ist beschämend für die EU. Menschen wurden auf einem Fußballplatz zusammengepfercht, weil Italien das im vergangenen Jahr geschlossene Auffanglager nicht wieder öffnen wollte.

In den zurückliegenden Jahren wurden vor allem die autoritären Regime gestützt, die demokratischen Oppositionskräfte dagegen sträflich vernachlässigt. Schlimmer noch: Den Menschen, die vor Unterdrückung und Gewalt flohen, wurde die Tür vor der Nase zugeschlagen.

Mehr denn je ist Europa gefragt, nicht nur seine Nachbarschafts-, sondern auch seine Flüchtlingspolitik zu überdenken. Eine Gelegenheit dazu bietet sich heute beim ersten Tunesienbesuch der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton.

Hand in Hand gegen Krieg und Rechtsextremismus



Stilles Gedenken für Tausende von Toten: Mit einer Menschenkette um die Dresdener Innenstadt haben am Sonntag zahl-

reiche Menschen an den verheerenden Luftangriff auf die sächsische Metropole vor 66 Jahren erinnert. Zugleich wollten

die Dresdener damit ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen. Neonazis versuchen immer wieder, den Jahrestag für

ihre Zwecke zu vereinnahmen. Die Polizei riegelte einen kleinen rechten Aufmarsch am Hauptbahnhof ab.

Ärger über Gesinnungserklärung

Rechtliche Zweifel an der Überprüfung von Initiativen gegen Rechtsextremismus

VON DIRK SCHMALER

Berlin. Kristina Schröder ist in Sorge. Die Bundesfamilienministerin vermutet, dass Fördergelder aus ihrem Ministerium für Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus am Ende wieder den Extremismus fördern könnten.

Die Erklärung, die das Familienministerium für die Teilnahme am Förderprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ verlangt, besteht aus drei Punkten. Die Antragsteller müssen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung „bekennen“.

Dass sich auf Lampedusa am Wochenende ein echtes Drama abgespielt hat, ist beschämend für die EU. Menschen wurden auf einem Fußballplatz zusammengepfercht, weil Italien das im vergangenen Jahr geschlossene Auffanglager nicht wieder öffnen wollte.

Minister trägt falsche Rede vor. New York (dpa). Der indische Außenminister S.M. Krishna hat im UN-Sicherheitsrat in New York versehentlich die Rede seines portugiesischen Kollegen verlesen.

hilfe des Verfassungsschutzberichts. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes, das dieser Zeitung vorliegt, sieht darin ein Problem. Es sei „verfassungsrechtlich fragwürdig“, ob man Trägern von Projekten gegen Rechtsextremismus überhaupt eine solche Bekennspflicht abverlangen könne.

NPD-Mails im Umlauf

Magdeburg (dpa). Die rechtsextreme NPD hat nach eigenen Angaben wegen der Veröffentlichung parteiinterner E-Mails Strafanzeige erstattet. Verschiedene Unterorganisationen und Landesverbände der Partei seien möglicherweise von einem groß angelegten Datendiebstahl betroffen.

ten. Lediglich der aktive Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung sei unzulässig. Anders als bei einem Beamtenverhältnis oder bei Einbürgerungen, wo ein solches Bekenntnis ebenfalls verlangt wird, gehe es bei der Projektförderung zudem nicht um eine „auf Dauer angelegte, sehr enge Rechtsstellung“.

Auch an der Verpflichtung zur Überprüfung der Projektpartner werden Zweifel laut. Die Gesinnung von Dritten lasse sich „kaum hinreichend bestimmen“.

das chaotische Innenleben der rechtsextremen Partei. Sie zeugen von Problemen bei der Fusion mit der DVU, fragwürdiger Finanzierung der Landtagswahlkämpfe und internem Zank, der oft in Hass und Beleidigungen gegen Kameraden ausartete.

Schweizer behalten Waffen

Volksinitiative für verschärftes Recht scheitert

VON HEINZ P. DIETRICH

Genf. Die Schweizer lassen sich nicht entzweien. Ein Bündnis aus Frauen, Grünen und Linken ist am Sonntag mit dem Versuch gescheitert, die Millionen Waffen in Schweizer Privathäusern einzusammeln.

Es handelte sich um einen Sieg „der konservativen, ländlichen und deutschsprachigen Schweiz“, sagte der Politikwissenschaftler Claude Longchamp. Tatsächlich stimmten die Kantone, in denen Deutsch die Hauptsprache ist, gegen die Einschränkung im Waffenrecht.

Im französischsprachigen Genf dagegen waren 61 Prozent dafür. Doch für eine Mehrheit, die sowohl auf der Zahl der Stimmberechtigten wie auch der Kantone hätte bestehen müssen, reichte es nicht.

Dabei hatte es zu Beginn der Initiative, für die ziemlich schnell die 100 000 nötigen Unterschriften zusammenkamen, noch gut für die Befürworter eines verschärften Waffenrechtes ausgesehen. In Umfragen hatten sie eine klare Mehrheit. Doch dann kippte die Stimmung.

Beck will zügige Hartz-Gespräche

Berlin (dpa). Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) will gemeinsam mit anderen Länderchefs die Regie bei den Verhandlungen über die Hartz-IV-Reform übernehmen.

„Um zu einer zügigen Einigung zu kommen, wollen wir die Verhandlungsführung auf der Ebene der Ministerpräsidenten halten“, sagte Beck der „Bild am Sonntag“. Die Verhandlungen zwischen Union und SPD „gehen auf Einladung des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Wolfgang Böhmer, am Dienstag oder Mittwoch weiter“.

MESTER



BERLINER PROFIL

Fischer über das schwierige Nein zum Irak-Krieg

VON STEFAN KOCH



Brisante Erinnerungen: Joschka Fischer.

Es wird Zufall sein, erscheint aber wie eine direkte Antwort: In der vergangenen Woche erschien in den USA die Memoiren des früheren Verteidigungsministers Donald Rumsfeld. Ende dieser Woche kommen die Erinnerungen des damaligen deutschen Außenministers Joschka Fischer auf den Markt.

Wie der „Spiegel“ vorab berichtet, spielten sich entscheidende Szenen seiner zweiten Amtszeit auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2003 ab. Wenige Wochen vor Beginn des Kriegs im

Zweistromland schleuderte der Vizekanzler dem amerikanischen Verteidigungsminister im „Bayerischen Hof“ auf Englisch entgegen: „Excuse me, I am not convinced“ – „Verzeihung, aber ich bin nicht überzeugt.“

der 63-Jährige das spannungsgeladene Verhältnis zu Schröder beschreibt. So erfuhr er im Januar 2003 auf dem Rückweg von einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats in New York erst durch die Meldung einer Nachrichtenagentur, dass der Regierungschef im Wahlkampf in Goslar ein Ja zu einer Kriegsresolution ausgeschlossen hatte.

INLAND

Ausländer zum Bund

München: Das Verteidigungsministerium will für die Bundeswehr auch Ausländer gewinnen. „Bestehende Regelungen sind so zu erweitern, dass Inländer bei entsprechender Eignung, Befähigung und Leistung auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft regelmäßig in die Streitkräfte eingestellt werden können“.

Preis für „Vorbild“ Käbmann

Hamburg: Die frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käbmann (52), erhält den Europäischen Kulturpreis für Zivilcourage. Wie „Der Spiegel“ berichtet, wird die von der Kulturstiftung Pro Europa ausgelobte Auszeichnung am 4. März in der Frankfurter Paulskirche verliehen.

IG Metall mit Frauenquote

Hamburg: Die IG Metall hat eine Frauenquote für die von ihr gestellten Aufsichtsräte beschlossen. Sie liege bei 30 Prozent für alle Mandate in Kontrollgremien, die mit hauptamtlichen Gewerkschaftern besetzt werden.

Henkel tritt für die CDU an

Berlin: Frank Henkel ist jetzt auch offiziell Herausforderer des Berliner Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD). Erwartungsgemäß wurde der Landes- und Fraktionsvorsitzende am Sonntagabend auf einem Parteitag einstimmig zum Spitzenkandidaten der Berliner CDU für die Abgeordnetenhauswahl am 18. September gewählt.

AUSLAND

Anschlag auf Pilger

Bagdad: Bei einem Selbstmordanschlag auf einen Bus mit schiitischen Pilgern sind im Irak mindestens 33 Menschen getötet worden. Weitere 28 wurden verletzt, als der Attentäter am Sonntag in dem Bus seinen Sprengstoffgürtel zündete. Die Pilger waren auf dem Weg nach Samarra, wo sie zwei Moscheen besuchen wollten.

Musharraf an Mord beteiligt?

Islamabad: Drei Jahre nach dem tödlichen Anschlag auf die frühere pakistanische Regierungschefin Benazir Bhutto ist gegen den damaligen Präsidenten Pervez Musharraf wegen mutmaßlicher Verwicklung in den Fall Haftbefehl erlassen worden. Der Exmilitärherrscher sei Ermittlungen zufolge in die Ermordung verwickelt gewesen.

Frauen gegen Berlusconi

Rom: Tausende Italienerinnen haben angesichts der Callgirl-Affäre um ihren Regierungschef Silvio Berlusconi gegen ein sexistisches Frauenbild protestiert. „Lasst uns die Würde der Frauen verteidigen“, hieß es bei einer Kundgebung in Siziliens Hauptstadt Palermo.